

So bewirtschaftet der Staat die Ressource Bildung.

EINLEITUNG

Manche Illusionen verschwinden, ohne dass Besseres nachkommt. Es bleibt das Akzeptieren des Kritikablen ohne Beschönigung. Wir haben – lange her – unter der Parole demonstriert: „Kampf der Wissenschaft, die fürs Kapital nur schafft“ – und standen daher unter der Pflicht nachzuweisen, dass dem überhaupt so ist. So klar war das nämlich nicht.

Wissenschaft galt als Aufklärung, Hebel des Fortschritts hin zu einer besseren vernünftigeren Welt. Fortschritte der Naturbeherrschung wurden in schönere. Längeres, gesünderes Leben, Autos, Kühlschränke, Fernreisen, Humanisierung der Arbeitswelt übersetzt. Die Wahrheit war das nie – aber ein schönes ideologisches Weiß-Warum.

Ähnlich stand es um die Bildung. Sie stand im Ruf, den Menschen zu veredeln, ihm die Teilhabe am intellektuellen Leben zu eröffnen, seine Selbstverwirklichung erst so recht zu ermöglichen.

Heute nichts mehr davon: Vom Kanzler über Uni-Rektoren bis zu den protestierenden Studenten sind sich alle einig. Von Wissenschaft und Ausbildung erwarten sie sich nichts anderes als dass sie eine Ressource für die nationale Wirtschaft im globalen Konkurrenzkampf ist. Vom Fortschritt verspricht man sich nichts, oft genug weiß man um seine Nachteile – Atomtechnik und Genfood bringen uns um -; aber sie sind nötig und unverzichtbar.

Unzufriedenheit mit Wissenschaft und Ausbildung wird vorgetragen im Namen dieser Funktion fürs Kapital: Kanzler: Mehr Innovationen, mehr High-Tech-Produkte; Studenten: „Wir sind Ressource, an uns darf, kann man nicht sparen.“

Wenn sich schon alle Welt so klar ist darüber, dass Wissen und Bildung für nichts anderes da sind und da sein sollen als für das Geschäft des Kapitals und dass alle andren Menschen Bildung nur brauchen und wollen, weil sie damit den Herren Unternehmern auf dem Arbeitsmarkt ein Angebot machen müssen – dann untersuchen wir eben einmal, was für eine absurde Rolle das Wissen als Mittel der Profitmacherei spielt – und wie es aussieht und wie es organisiert sein muss, damit es diese Rolle spielt.

I. WIE WISSENSCHAFT UND AUSBILDUNG ORGANISIERT SIND.

1. Wissenschaft

a) Wodurch ist Wissenschaft überhaupt eine Ressource der Gewinnmaximierung?

Sie ist nur ein Mittel des Kapitals, sie bestimmt nichts, sondern wird überhaupt nur ergriffen und benutzt, wenn mit ihrer Hilfe der ökonomische Zweck des Kapitals besser verfolgt werden kann. Und das geht nur in zweierlei Hinsicht: Entweder dadurch, dass wissenschaftliche Erkenntnisse eine Verbesserung der Produktionstechnik möglich machen, mit deren Hilfe das Unternehmen Arbeit, bezahlte, also Lohnkosten einspart – also die notwendige Arbeit billiger kriegt und weniger vom Produktionswert an seine Arbeiter wegzahlt. Wissenschaft als Hilfsmittel, die Arbeiter progressiv von ihrem Produkt zu trennen. Abgesehen davon interessieren alle technischen Veränderungen am Produkt, die es mit weniger Arbeit herstellen lassen oder die ihm neue Gebrauchseigenschaften begeben, so dass es gegen andere Produkte anderer Hersteller einen Vorzug aufweist, mit dem man um die Kaufkraft der Kundschaft konkurrieren kann bzw. einen höheren Preis für das eigene Produkt erzielen kann. Wissenschaftlicher Ergebnisse, die den Profit weder auf die eine noch die andere Weise zu steigern versprechen, interessieren nicht und bleiben unbeachtet.

b) Der Staat organisiert Wissenschaft und Forschung als ein vom kapitalistischen Geschäft getrennte Staats-Abteilung, weil das Herausfinden des Wissens, aus dem sich die Unternehmer das für sie Nützliche dann herauspicken, selbst kein Geschäft ist.

Dazu bezahlt der Staat Wissenschaftler und ihre Arbeitsbedingungen und setzt sie frei, zu untersuchen und herauszufinden, was ihnen der Stand des Wissens eben an Fragen aufgibt. Er befreit seine beamteten Denker vom Druck, stets Geld verdienen, auch laufend Resultate liefern zu müssen – schließlich müssen sie ja selbst herausfinden, was überhaupt Resultate auf ihrem Feld sind und was den Stand des Wissens voranbringt.

An die Erforschung der Naturgesetze schließt sich die Entwicklung technologischen Wissens an, die ebenfalls der Staat betreibt und deren Ergebnisse er den Kapitalen unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die greifen zu, sobald Anwendungen absehbar sind, die zur Kostensenkung im Betrieb oder zu neuen verkaufbaren Produkten zu führen versprechen.

c) Damit das Kapital, das von sich aus das Wissen nicht schaffen würde, das es braucht, auf nützlich Wissen zurückgreifen kann, braucht es die sozusagen zweckfreie Forschung an staatlicher Universitäten und Instituten.

2. Ausbildung

- a) Weil Wissen in der Wirtschaft zur Anwendung kommt, braucht sie ausgebildete Arbeitskräfte, die ihm diese Anwendung besorgen und andere, die wenigstens mit den dadurch hergestellten modernen Arbeitsbedingungen zurechtkommen. Aber das Ausbilden selber ist auch kein Geschäft – siehe steter Streit um die Lehrlingsausbildung, die einzige Ausbildung, die der Wirtschaft überlassen ist. Die ausgebildeten Leute gehören dem Unternehmen nicht – also ist ihre Ausbildung auch keine Investition ins Kapital des Unternehmens. Auch diese Schaffung ihrer Geschäftsbedingung schenkt der Staat den Unternehmen, indem er Schulen und Unis betreibt.
- b) Dass er die Ausbildung fürs Kapital betreibt, sieht man ihr an: er vermittelt Wissen nach dem Gesichtspunkt des erforderlichen Minimums. Nicht allen alles beibringen. – Wissensvermittlung als Selektion - Dass alle Kinder zur Teilnahme an dieser Selektion verpflichtet sind, sich alle dem Vergleich stellen müssen, das ist – als *Dürfen* verstanden – das „Recht auf Bildung“. Die Gemeinheit der Selektion – je leichter einer lernt, desto mehr darf er und umgekehrt – zeigt den Zweck: Mit möglichst wenige staatlichen Kosten die erforderlichen Ausgebildeten herstellen – viele dumme für die normalen Arbeitsplätze und – abgestuft - weniger höher ausgebildete Leute für deren Aufsicht und andere Verantwortungsfunktionen.
- c) Schulsystem stellt der wirklichen ökonomischen Konkurrenz ums Geld eine zweite gegenüber, in der es um Noten und schulische Abschlüsse auf verschiedenen Niveaus geht – und in der es – anders als in der wirklichen sehr gerecht zugeht: Nur schulische Leistung zählt. Dies liefert eine enorme Legitimationsleistung für die wirkliche Konkurrenz: Kapitalismus als Meritokratie des Wissens. Allen ist dabei klar, dass Unterschiede des Wissens keineswegs nur Unterschiede des Wissens sind, sondern immer gleich solche des sozialen Status begründen.
- d) Die Hierarchie der Bildungsabschlüsse versteht sich so, dass sie der wirklichen Hierarchie der Einkommen und Positionen die Stufen, Sortierkriterien und Gründe vorgibt – darin ja die Legitimationsleistung. Zugleich ist das aber nicht die Wahrheit: die Vorsortierung des Nachwuchses, die sie anbietet, ist eben nur ein Angebot ans Kapital, das sich dieser Sortierung bedient und ihr dadurch Recht gibt oder eben nicht. – „Freiheit der Berufswahl“ ist eben nichts anderes als: Privatrisko, ob das gelemte, vom Kapital zur Qualifikation geadelt, nämlich nachgefragt wird, oder nicht. Tatsächlich setzt der Arbeitsmarkt die Hierarchie der Bildung ins Recht – nicht umgekehrt – und die Bildungsinstitutionen lassen sich von „der Wirklichkeit“ kritisieren: Wenn die tatsächliche Nachfrage der Wirtschaft ihren Abschlüssen nach Qualität oder Quantität Unrecht gibt und ihre Zeugnisse entwertet, dann korrigieren die Schulen sich – und bemühen sich wertvolle Abschlüsse dadurch herzustellen, dass sie ihren Output dem Bedarf der Wirtschaft anzupassen versuchen.

II. DIE DREIECKSKRITIK, DIE ZUM WISSENSCHAFTS- UND AUSBILDUNGSBETRIEB IMMER DAZUGEHÖRT

- 1. Weil getrennt von der ökonomischen Verwendung bekommt der Sektor stets den Vorwurf, er sei nicht praxisnah genug, verkopft, Wissenschaftler säßen in ihrem Elfenbeinturm und würden zweckfrei, ohne Rücksicht auf den Nutzen ihre Steckenpferde reiten.**
- 2. Zugleich das Gegenteil: Weil auf die Verwendung durchs Kapital hinkonstruiert, kommt der Vorwurf, der Sektor diene den Tagesbedürfnissen der Wirtschaft, anstatt die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu befördern; offen für alle möglichen Innovationen Optionen zu schaffen, ja kritisch gegen das Eingefahrene zu sein.**
- 3. Weil staatliche Unkost steht der Sektor zugleich unter der kritischen Prüfung, ob er die Steuergelder auch ökonomisch effizient ausgibt**

Die Entscheidung über alle drei Kritiken ist sehr schwierig, nicht nur dass sie sich vermischen, es gibt für keine der drei Forderungen ein Maß. Denn nützlich ist der Sektor ja gerade durch seine Trennung, und dass er kein Geschäft ist, ist ja

sein Ausgangspunkt: Wie praxisnah und wie praxisfern ist national am nützlichsten? Wie exakt sollen Zahl und Bildungsniveaus der Ausgebildeten überhaupt dem aktuellen Arbeitsmarkt entsprechen – das Kapital weiß ja selbst nicht, von welcher Sorte Leute man morgen mehr oder weniger brauchen wird. Und der Preis? Wie viel staatliche Unkost lohnt sich für die Konkurrenzfähigkeit der Nation? „Bildungsökonomie“ ein Standpunkt – aber keine Rechnung.

4. Wegen der Unentscheidbarkeit des Gegeneinander der Gesichtspunkte kommt wirksame Kritik und Reform des Sektors stets zustande über

- a) Unzufriedenheit der Staatsführung mit der ökonomischen Konkurrenzleistung der Nation. Insofern eine einerseits höchst unsachliche, andererseits genau sachgerechte Kritik an Wissenschaft und Ausbildung: Sie kann zwar nichts dafür; aber das, wofür sie da ist, wird ihr als ihre Leistung oder Fehlleistung angehängt.
- b) Einen Vergleich mit der Weise, wie andere – erfolgreichere – Nationen den Sektor organisieren. Aus beidem folgt heute ein vielleicht nicht ganz unvorbereiteter, aber radikaler Schwenk.

III. MEHR MARKT UND MEHR KONKURRENZ FÜR DIE VON DER KONKURRENZ UND FÜR SIE GETRENNTE SPHÄRE

Haushaltssouveränität der Unis, Studiengebühren, Konkurrenz der Unis um Studenten und ihre Zahlungen einerseits, um Drittmittel von der Industrie andererseits; Privatuniversitäten

1. Man kritisiert die Freisetzung von der Konkurrenz ums Geld wie eine unkapitalistische Fehlentwicklung: Lizenz zur Faulheit für Wissenschaftler, Lehrer, Schüler und Studenten.

Ein brutales Bekenntnis zum Zwangscharakter der Arbeit im Kapitalismus: Sogar gegenüber den Überzeugungstätern von der wissenschaftlichen Elite hält man daran fest: Nur wo Geld winkt und Geldnot droht, strengen die Leute sich an.

2. Ferner die Vorstellung, dass, wenn's nach dem Geld geht und sich Forscher, Lehrer und Studenten an wirtschaftlichen Zwängen orientieren müssen, sich alles von selbst regeln und dem wahren Bedarf der Nation anpassen muss:

- a. Wenn die Nachfrager von der Industrie und von Seiten der Bildungswilligen die Leistungen der Unis selbst bestellen und bezahlen, dann sind es eben dadurch schon einmal nützliche Leistungen – und sie müssen auch im Sinn ihrer weiteren Verwendung nützlich sein, würden sie sonst nachgefragt?
- b. Forschung beweist ihren Nutzen durch die Einwerbung von Drittmitteln – dann wird eben nur noch geforscht, was die Industrie fördert, weil sie sich etwas davon verspricht. (Daneben bleibt dem Staat die Forschung, die deshalb Grundlagenforschung heißt, weil kein noch geschäftlicher Nutzen ihrer Ergebnisse absehbar ist.)
- c. Das fördert die Regierung zweitens dadurch, dass sie mit ihrer Gewalt einiges dafür tut, um Wissen – gegen seinen Charakter als Produkt allgemeiner Arbeit – zur Ware zu machen. Patentrecht – Patente auf Gene? Industrie investiert spekulativ in mögliche Felder zukünftiger Monopole.
- d. Profs, die um ihr Einkommen und ihre Zeitstelle fürchten müssen, liefern mehr Wissen. Das hat seine absurde Seite: Die Trennung von der Profitmacherei war einmal Bedingung der Nützlichkeit. Leistungsmessung und Leistungslohn für Professoren – woran bemessen? An Äußerlichkeiten: Mehr Aufsätze, mehr Studien – das vermehrt die Produktion von Schreibmaschinenseiten. Gleichzeitig wachsen die Klagen über den Betrug in der Wissenschaft.
- e. Studenten kaufen nur noch Studiengänge und lassen nur noch den Unis Geld zukommen, die Studiengänge anbieten, die auch gute Verwertungschancen am Arbeitsmarkt versprechen. Unis erkundigen sich bei den zukünftigen Arbeitgebern, was für Qualifikationen die sich wünschen. Studenten die zahlen, sind „motiviert“, studieren schneller und das Richtige. – Bis die Nachfrage dreht!
- f. Unis „differenzieren“ sich am Geld, nach dem sie alle streben müssen: Bei den einen sammeln sich dann nach Zahl und Zahlungsbereitschaft die „guten“ und reichen Studenten, die Spitzenprofs – der Rest sinkt im gleichen Maße ab.

3. Der Marktradikalismus der Reformen

missachtet das Erfordernis, dass der Staat mit Wissenschaft und Ausbildung eine Vorleistung für einen möglichen und zukünftigen Bedarf der Industrie schafft, den die noch gar nicht kennt; dass es der Staat ist, der die internationale Konkurrenzfähigkeit seiner Wirtschaft herstellen muss, weil sie von sich derartige nicht lohnende Investitionen in einen erstens zukünftigen, zweitens nationalen Erfolg gar nicht tätigen würde. Der jetzige Radikalismus verrät, dass der Staat kein Forschungsfeld und keinen Bedarf des Kapitals an Ausgebildeten aller Niveaus unbefriedigt weiß. Alle nötigen Einrichtungen sind geschaffen, der belastbare Aufstiegs- = Lernwillen im Volk auch. Nur auf dieser Basis leistet sich die Nation den Luxus, den ganzen Sektor für zu teuer und zu praxisfern zu halten und ihn, so wie er ist, zu mehr Leistung zu pressen.

Nachtrag I: Eliteuniversität – eine Bestätigung von all dem. Siehe Artikel

Nachtrag II – zu einigen Argumenten des Protests

1. „Bildung ist keine Ware!“

- ?? Was sagt man damit: Ware sein ist etwas Schlechtes. Vor ein Bedürfnis wird die Schranke des Geldes gesetzt; es bleibt unbefriedigt, bei dem, der es nicht zahlen kann. Andere fordern, dass anderes keine Ware sein dürfe – etwa Gesundheit. Was soll denn überhaupt Ware sein. Jeder, der so klagt, will nicht die Marktwirtschaft verwerfen, sondern eine Ausnahme für seine „Ware“ einklagen.
- ?? Dass Bildung bisher keine Ware ist, weiß auch der Staat. Er meint: Schade! Und warum soll sie es nicht werden? Es ist ein Zeichen der Fertigkeit kapitalistischer Verhältnisse, dass immer mehr Sektoren des nationalen Lebens Ware werden; Privatisierungen des letzten Jahrzehnts: Per staatliche Definition wird die Gelegenheit zur Kapitalanlage im Land und die Produktion von Profit vermehrt, ohne dass irgend etwas zusätzliches produziert würde: Umwidmung von staatlichen Regiebetrieben, die Infrastrukturleistungen er bringen und Steuergelder kosten, in Gewinnquellen, die zudem Steuern einbringen. Wenn sich genug Leute finden, die für Bildung zahlen, dann finden sich auch welche, die in Bildung investieren und damit ein Geschäft machen; bei der Forschung ist diese Entwicklung schon weiter gediehen – und in den USA ohnehin. „Ein Verlust an Chancengleichheit“ – siehe Artikel

2. Studiengebühren – eine Verletzung der, ein Verlust an Chancengleichheit – siehe Artikel

3. „Studiengebühren sind gerecht!“

Gerechtigkeit ist eine miese Kategorie: Gleichbehandlung gleicher Fälle durch die Staatsmacht = gleiche Unterwerfung unter die von ihr verordneten Pflichten – das ist eine sehr flexible Sache. Früher war es gerecht, dass der Staat das Studieren unabhängig macht vom Geldbeutel der Eltern; Chancengleichheit. Damals haben auch die Putzfrauen die Unis mitbezahlt – aber eben unter dem Versprechen, sie stehen im Prinzip wenigstens auch ihren Kindern offen. Heute: Wenn die Scheidung des Volkes in die niederen Stände, deren Klassenlage sich zu beinahe 100% an die Kinder weitervererbt, ist es eben gerecht, dass auch nur die mit den Kosten des Aufstiegs belastet werden, die auch den Vorteil davon haben. Bekenntnis zur Klassenscheidung über die Generation hinaus.